

# Zwischen Backlash und Lockdown Frauenrechte in Zeiten der Pandemie

Jelena Cupać und İrem Tuncer–Ebetürk

**Summary:** The coronavirus pandemic has been particularly hard on women. So far however, the international community has hardly made any coordinated efforts to alleviate this burden. Two political developments are responsible for this: the rise of conservative groups within the UN and diminished lobbying opportunities for international NGOs because of the pandemic. While the presence of conservative groups has contributed to political polarization within the UN, the limited visibility of NGOs has deepened the apathy of those states unwilling to coordinate their actions globally.

**Kurz gefasst:** Die Corona-Pandemie hat Frauen besonders hart getroffen. Vonseiten der internationalen Staatengemeinschaft gab es bislang jedoch kaum koordinierte Bemühungen, diese Dynamik zu bekämpfen. Zwei politische Prozesse sind dafür der Grund: der Aufstieg konservativer Gruppen in der UNO sowie der pandemiebedingte Rückgang der Lobbying-Möglichkeiten für internationale Nichtregierungsorganisationen. Während die Präsenz konservativer Gruppen zur politischen Polarisierung innerhalb der UNO beigetragen hat, verstärkte der eingeschränkte Zugang für internationale NGOs die Apathie jener Staaten, die ohnehin schon unwillig waren, sich global zu koordinieren.

Bei der Corona-Pandemie geht es um mehr als um die Gesundheit. Die Pandemie erschüttert unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften zutiefst, und Frauen tragen bei den negativen Auswirkungen die Hauptlast. Die Daten zeichnen ein düsteres Bild: Jegliche Arten der Gewalt gegen Frauen, vor allem aber häusliche Gewalt, nehmen zu. Der Anteil an unbezahlter Arbeit, die von Frauen geleistet wird – schon vor der Pandemie überdurchschnittlich hoch –, hat noch weiter zugenommen (zum Beispiel als Folge der Schulschließungen). Viele Frauen haben jetzt weniger Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsleistungen, also etwa zu Verhütungsmitteln und sicherer Abtreibung. Und schließlich arbeiten Frauen häufig auf unsicheren Arbeitsmärkten, 58 Prozent von ihnen im informellen Sektor. Dadurch sind sie einem höheren Armutrisiko als Folge der Pandemie ausgesetzt.

Um einige dieser Probleme anzugehen, bräuchte es unter anderem starkes grenzüberschreitendes Handeln. Davon ist zurzeit leider wenig zu sehen. Die Reaktionen der einzelnen Staaten auf Corona gehen vielmehr immer weiter auseinander. Wie auch auf anderen Gebieten wird nur wenig Energie investiert, um einheitliche, koordinierte und strukturierte Antworten auf die Probleme zu finden, die die Pandemie speziell für Frauen bringt. Viele Staaten versuchen vor allem das Virus und seine vielfältigen Auswirkungen zu bekämpfen, mit jeweils aufs eigene Land gerichteten Maßnahmen. Die mangelnde Bereitschaft, die Einbußen der Frauen durch die Pandemie anzugehen, hat vor allem zwei Ursachen. Erstens nehmen in jüngster Zeit die Aktivitäten konservativer und populistischer Akteur\*innen auf dem globalen Parkett zu. Und zweitens fehlen internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schlicht Möglichkeiten zur Einflussnahme, wenn sich die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen im Lockdown befinden.

## Der internationale Aufstieg der Konservativen

Im letzten Jahrzehnt wurden transnationale rechte Bewegungen und konservativ geprägte NGOs immer besser darin, sich zu organisieren; dabei konzentrierten sie sich besonders stark auf internationale Organisationen. Zu ihnen gehören auch konservative NGOs, die bei der UNO gegen Frauenrechte arbeiten. Direkt nach dem Kalten Krieg waren nur wenige solcher NGOs bei der UNO vertreten. Heute hingegen hat ihre Zahl deutlich zugenommen. Sie schmieden eine breite Allianz mit islamischen und postsowjetischen Staaten, mit den Vereinigten Staaten und mit Gruppen wie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, der Arabischen Liga, der UN-Gruppe der afrikanischen Staaten und der Gruppe der 77. Die Grundlagen dieser Allianz wurden durch verschiedene Zusammenschlüsse und Zusammenkünfte geschaffen. So bildeten konservative NGOs 2008 den UN-Ausschuss für die Rechte der Familie, und 2015 schlossen sich 25 Mitgliedsstaaten der UNO zur Koalition der „Freunde der Familie“ zusammen. Sie trafen sich bei weltweiten Konferenzen, die der World Congress of Families, eine einflussreiche amerikanische rechts-christliche Vereinigung, organisierte.

Die konservative Allianz will wiederherstellen, was sie die „natürliche Familie“ nennt. Ihre Mitglieder eint auch die Ablehnung der „Gender-Ideologie“. Wie wir in unserer Forschung zeigen konnten, sind sie in den letzten Jahren verstärkt im und rund um den UN-Menschenrechtsrat, die UN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau und den Sicherheitsrat aktiv geworden. Der von ihnen forcier-

te Rückwärtstrend hat sehr erfolgreich dafür gesorgt, dass Frauenrechte, für die feministische NGOs seit Jahrzehnten gekämpft hatten, begrenzt und sogar zurückgenommen wurden.

Die verstärkte Aktivität der konservativen Koalition in der UNO hat zu einer Polarisierung in Sachen Frauenrechte geführt. Konservative und progressive Kräfte führen einen erbitterten Kampf. In diesem Klima ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich die Beteiligten zusammenfinden, um die Probleme, vor die die Pandemie Frauen gerade stellt, anzugehen.

## Internationale Zivilgesellschaft im Lockdown

Der zweite Grund, weshalb wir noch keine weltweit koordinierte Antwort auf die vielseitigen Belastungen der Frauen durch die Pandemie gesehen haben, dürfte sein, dass es für internationale NGOs weniger Möglichkeiten zur Lobbyarbeit gibt. Nach dem Kalten Krieg haben viele internationale Organisationen, und besonders die Vereinten Nationen, ihre Abläufe so strukturiert, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft erleichtert wurde. NGOs konnten gesellschaftliche Bedürfnisse von überall auf dem Globus aufnehmen und damit Druck auf internationale Organisationen und deren Mitgliedsstaaten ausüben. Mit der Ausbreitung des Coronavirus gerieten jedoch auch die NGOs faktisch in einen Lockdown; sie verloren den Zugang zu vielen Verhandlungsebenen in der UNO. Diese Unterbrechung hat dazu geführt, dass der Druck auf die UNO, ihrer Verantwortung auch im Bereich der Frauenrechte gerecht zu werden, abnahm.

Die Einschränkung des Zugangs zu Verhandlungen der UNO über Frauenrechte begann gleich Anfang März 2020. Alles war vorbereitet für die 64. Sitzung der Kommission zur Rechtsstellung der Frau (Commission on the Status of Women, CSW64), ein jährliches Treffen, das die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringen soll. Bei der Sitzung sollte es um den Stand der Umsetzung der Pekinger Erklärung von 1995 gehen – ein ganz besonderes Ereignis für Feminist\*innen. Denn die Pekinger Erklärung, eine Resolution zur Förderung und Ermächtigung von Frauen auf der ganzen Welt, ist ihrem Engagement zu verdanken.

Was Feminist\*innen im Blick auf die Sitzung vor allem befürchteten, war der konservative Gegenwind. Doch während sie sich für den Showdown mit den Konservativen vorbereiteten, erreichte das Coronavirus die USA. CSW64 wurde von zwei Wochen auf einen einzigen Tag verkürzt. Regierungen konnten so lediglich eine schmale politische Erklärung abstimmen. Diese Erklärung „bestätigt“, „begrüßt“, „unterstreicht“ und „anerkennt“ die Verpflichtungen von Peking, aber sie untermauert die Frauenrechte nicht in dem Maße, wie viele hofften. Zum Beispiel geht sie nicht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und damit verbundene Rechte ein, und sie erwähnt auch nicht den Komplex Frauen und Sicherheit/Frieden.

Der eingeschränkte Zugang zur UNO hat die politischen Möglichkeiten der NGOs drastisch verändert. Sie wurden dazu gezwungen, neue Wege des Handelns zu finden. Es ist zu beobachten, dass feministische NGOs jetzt verstärkt mobilisieren. Sie haben damit begonnen, umfangreich Daten zu sammeln. Sie haben Staaten und internationale Einrichtungen aufgefordert, geschlechtsspezifische Auswirkungen der Pandemie zu dokumentieren. Sie haben zahlreiche Webinars und Online-Meetings organisiert. Alles in allem gibt es eine starke Solidarität unter Feminist\*innen.

Die Befürchtung, die Pandemie könne den Konservativen in die Hände spielen, ist eine wichtige Triebfeder für ihre Mobilisierung. Immerhin gab es Stimmen, die Abtreibung und Verhütung als nicht notwendige medizinische Maßnahmen einstufen. Solche Vorstöße bedrohen die Rechte von Frauen, und Feminist\*innen arbeiten hart daran, das zu verhindern. Allerdings bringt sie all ihr Engagement nicht so weit, wie sie sich das wünschen. Dass die üblichen Wege, als NGO in der UNO Einfluss zu nehmen, abgeschnitten sind, führt dazu, dass ihre Anstrengungen sich kaum in global koordiniertes Handeln übersetzen lassen.



Jelena Cupać ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Global Governance. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt bei der Transformation der internationalen Sicherheitsorganisationen. (Foto: Saša Pavlovski)

[jelena.cupac@wzb.eu](mailto:jelena.cupac@wzb.eu)



İrem Tuncer-Ebetürk ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Global Governance und Mitglied der Task-Force des Blogs „Orders Beyond Borders“. Ihre Forschungsinteressen konzentrieren sich vor allem auf die Frauen- und Kinderrechte sowie die Globalisierung und ihre Herausforderungen. (Foto: Thu-Ha Nguyen)

[irem.ebeturk@wzb.eu](mailto:irem.ebeturk@wzb.eu)

Um sicherzustellen, dass ihre Stimme trotz der Pandemie zu hören ist, haben Feministinnen zahlreiche gemeinsame Dokumente veröffentlicht. So haben sie einen Brief an den Präsidenten des Sicherheitsrates geschrieben, in dem sie Transparenz und Beteiligung fordern, und einen Brief an die Mitgliedsstaaten der UNO, in dem sie verlangen, dass die Zivilgesellschaft eingebunden wird, wenn 2020 die Nachhaltigkeitsziele virtuell überprüft werden. Sie haben außerdem Prinzipien für eine gerechte und nachhaltige Erholung von der Pandemie vorgeschlagen, und sie haben Empfehlungen für die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in globale und lokale Antworten auf die Pandemie formuliert.

Wir können kein vergleichbares Niveau an Aktivitäten auf konservativer Seite feststellen. Die Konservativen äußern sich vor allem zum Themenfeld Abtreibung. So zeigen sie sich alarmiert, wenn es um sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechende Rechte geht, die in die Corona-Berichte, -Resolutionen und -Richtlinien der UNO aufgenommen werden sollen. Sie begrüßen es, wenn als Reaktion auf die Pandemie Abtreibung als nicht notwendig erklärt und Sexualerziehung bei Kindern heruntergefahren wird, wenn Mittel für Familienberatung gekürzt werden und die USA sich aus der Weltgesundheitsorganisation zurückziehen wollen. In den vergangenen Monaten haben Konservative sich auch des Themas „Familie“ angenommen. Sie erkennen aber nicht an, dass im Lockdown die unbezahlte Arbeit von Frauen und Fälle häuslicher Gewalt dramatisch zugenommen haben. Stattdessen zeichnen sie die Familie als sicheren Ort und den Lockdown als einen Segen für Familien, weil er ihnen mehr gemeinsame Zeit bringt. Alles in allem führen die Probleme der Pandemie Konservative weit weniger als Feminist\*innen dazu, aktive Online-Lobby-Arbeit zu betreiben. Ihre Ziele – für das Leben, für die Familie – werden doch umgesetzt, ohne dass sie viel dafür tun müssten.

## Literatur

Quellen zur Auseinandersetzung über Frauenrechte bei der UNO bieten folgende Web-Seiten: [www.unwomen.org](http://www.unwomen.org), [www.feministcovidresponse.com](http://www.feministcovidresponse.com), <https://c-fam.org>, [www.unitedfamilies.org](http://www.unitedfamilies.org)

Blee, Kathleen M./McGee Deutsch, Sandra (Hg.): *Women of the Right: Comparisons and Interplay across Borders*. University Park: Penn State Press 2012.

Bob, Clifford: *The Global Right Wing and the Clash of World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press 2012.

Buss, Doris/Herman, Didi: *Globalizing Family Values: The Christian Right in International Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press 2003.

Cupać, Jelena/Ebetürk, İrem: „The Personal Is Global Political: The Antifeminist Backlash in the United Nations“. In: *The British Journal of Politics and International Relations*, 2020, Jg. 22, H. 4, S. 702–714.

Weiss, Meredith L./Bosia, Michael J.: *Global Homophobia: States, Movements, and the Politics of Oppression*. Champaign: University of Illinois Press 2013.

## Was kommt?

Obwohl die Corona-Pandemie Frauen besonders hart getroffen hat, gab es bislang keine weltweit koordinierte Antwort darauf. Konservative Gruppen in der UNO sind stark, die internationale Polarisierung nimmt zu, gemeinsames Handeln wird immer schwieriger. Gleichzeitig führte die Pandemie zu eingeschränkten Lobby-Möglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen, der gesellschaftliche Druck auf internationale Organisationen und Mitgliedsstaaten nahm ab. Die langfristigen Konsequenzen dieser Entwicklungen lassen sich schwer vorhersagen. Feminist\*innen verlieren zwar zurzeit Einflussmöglichkeiten, nach dem Ende der Einschränkungen allerdings könnten sie von dem neuen, hohen Grad an Mobilisierung profitieren. In einer postpandemischen Welt könnten wir also eine UNO sehen, die mehr Verantwortung für Frauenrechte übernimmt. Es kann aber auch passieren, dass Corona-Maßnahmen, die wegen fehlenden Drucks zu Lasten der Frauen gehen, langfristig festgeschrieben werden. Das würde die konservative Allianz weltweit stärken, auch in der UNO. In welche Richtung auch immer es geht – sicher ist, dass die Pandemie die Zukunft der Frauenrechte verändert.